

Volksblatt

Die Schwierigkeiten bei den Stillhalterverhandlungen.

Die politische Arbeit wieder im Gange.

Von unserer Berliner Redaktion.

O Berlin, 4. Jan. (Drahtb.)

Die politische Arbeit hat nach der Rückkehr des Reichsministers von seinem kurzen Erholungsurlaub wieder in vollem Umfange eingesetzt. Eigentliche Kabinettsitzungen werden in den ersten Tagen nicht stattfinden, da noch nicht alle Minister wieder in Berlin anwesend sind. Aber auch sachlich haben Kabinettsitzungen noch keinen Zweck, weil zunächst umfangreiche Vorarbeiten zu leisten sind. Es handelt sich bekanntlich nicht so sehr um innenpolitische Fragen, als um die schwierigsten Probleme der Außenpolitik.

Hierbei stehen ganz im Vordergrund die Stillhalterverhandlungen, die nur langsam vorwärts kommen. Man hat sich zwar in den neulichsten Punkten schon ziemlich weitgehend verständigt, aber die sieben bis acht Hauptpunkte bereiten immer noch außerordentliche Schwierigkeiten. Dies gilt besonders für die Frage der Garantien. Die ursprünglich erhobene Forderung, Aktion und Obligationen als zusätzliche Sicherungen zu verlangen, ist wohl endgültig fallen gelassen worden. Dennoch macht die Frage der Garantien mit der größten Kopfzerbrechen. Ähnlich steht es mit der Frage der Rückzahlung. Die ausländischen Gläubiger glauben, größere Rückzahlungen von Deutschland fordern zu können, weil durch die inzwischen fortgeschrittene Preisentwertung der deutschen Währung der Wert der deutschen Währung gegenüber den ausländischen Währungen um etwa 10% gesunken sei. Auch um die Klausel der Umwandlung von in fremder Währung gegebenen Krediten in inländische Währung der Kreditgebenden Länder wird eifrig gestritten. Die deutschen Delegierten betonen, daß eine Umwandlung nur in solche Raten vorgenommen werden dürfe, für die ein internationaler Markt vorhanden ist. Große Auseinandersetzungen haben sich auch wegen der Zinsbedingungen ergeben. Ursprünglich war von deutscher Seite die Forderung eines einheitlichen niedrigen Zinsfußes für Stillhalterkredite vorgeschlagen. Das hat sich aber als unmöglich erwiesen, da angesichts der ganz verschiedenen Bedingungen, die sich an den einzelnen Märkten entwickeln, ein einheitlicher Zinsfuß kaum aufstellbar ist. Die deutschen Delegierten betonen aber mit Recht, daß eine Weiterzahlung der bisherigen überhöhten Zinsen für Deutschland nicht tragbar ist. Auf der Gegenseite scheint man zu einem gewissen Entgegenkommen in dieser Frage bereit zu sein. Eine weitere Schwierigkeit bildet die Klärung des Goldbestandes. Die deutsche Seite hat die Klärung des Goldbestandes als Voraussetzung einer Neuhandlung der Stillhalte-Ausgleichsfrage Mitte Januar beenden lassen.

Reichsminister Dr. Brüning hat schon in seiner Erklärung zum Bericht der Botschaft Sachverständigen zum Ausdruck gebracht, daß es seinen Zweck habe, die Regierungskonferenz in Lausanne zu eröffnen, bevor nicht das Ergebnis der Stillhalter-Verhandlungen vorliegt oder wenigstens sich übersehen lasse, zu welchem Ende sie führen werden. Auch Frankreich hat in den letzten Tagen erkennen lassen, daß es dieser Auffassung beipflichtet. Da die Abrüstungskonferenz am 2. Februar beginnt, die Regierungskonferenz aber mindestens acht Tage in Anspruch nehmen wird, so kann der Eröffnungstermin in Lausanne nicht sehr weit nach dem 18. Januar liegen.

Mit den Vorarbeiten für die großen Konferenzen und mit den Tagungen selbst hängt es zusammen, daß in politischen Kreisen mit einer vorzeitigen Einberufung des Reichstages trotz der vorliegenden Anträge nicht gerechnet wird. Man

kann bestimmt erwarten, daß die Parteien, die sich vor Weihnachten einer Einberufung des Reichstages auf Mitte Januar widersetzten, bei ihrer ablehnenden Haltung verharren werden. Ganz besondere Optimismen neigen sogar zu der Auffassung, daß diesmal auch die Volkspartei gegen eine Einberufung des Reichstages sein wird, weil sie sich nicht mit dem Makel behaften wolle, in außenpolitischen Fragen der Reichsregierung Steine in den Weg zu werfen zu haben. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Deutsche Volkspartei ihre Oppositionsstellung gegenüber dem Kabinett Brüning aufgeben wolle. Gerüchte, die von neuen Annäherungsversuchen zwischen Deutscher Volkspartei und Staatspartei wissen wollen, sind mit größter Vorsicht aufzunehmen. Die Leitung der Volkspartei dementiert im übrigen die aus dem Westen des Reiches stammende Meldung, daß der rechte Flügel Anschluss an die Deutschnationale Volkspartei suche.

Ein neuer amerikanisch-japanischer Zwischenfall.

Das japanische Oberkommando entschuldigt sich.

Neuport, 3. Januar.

Der Vertreter des amerikanischen Reichs in Wuhan hat am 3. Januar ein Schreiben an das japanische Oberkommando in Tokio geschickt, in dem er sich für den Zwischenfall entschuldigt. Der Zwischenfall ereignete sich am 2. Januar in der japanischen Konsulatsstadt in Wuhan, als ein japanischer Soldat einen amerikanischen Polizisten mißhandelte. Als er sein Auto verließ, das die amerikanische Flagge und das amerikanische Wappen zeigte, erhielt er schwere Schläge ins Gesicht, obwohl er seinen Diplomatenpaß vorzeigte.

Der amerikanische Gesandte in Peking hat dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß der Überfall auf Chamberlain vollkommen unprovokiert und unberechtigt gewesen sei. Der Gesandte hat bei der japanischen Gesandtschaft in Peking energisch protestiert, ebenso wie der amerikanische Generalkonsul in Wuhan dem dortigen japanischen Konsulat. Von amerikanischer Seite wurde die Forderung aufgestellt, daß die Angreifer streng bestraft werden. Die Washingtoner Regierung verhält sich vorläufig abwartend, da die Einzelheiten des Zwischenfalls noch nicht genau bekannt sind. Möglicherweise wird Amerika diesen Zwischenfall, die Verletzung des amerikanischen Konsulats in Peking und die Gefährdung einer Frau durch Fliegerbomben ebenfalls in Kungang, dazu benutzen, um den mandchurischen Streitfall in seiner Gesamtheit aufzurollen.

Mittlerweile wird von japanischer Seite mitgeteilt, daß eine Untersuchung eingeleitet und daß die japanischen Soldaten, die den Überfall verübten, verhaftet worden seien. Die Soldaten seien betrunken gewesen und hätten nicht gewußt, daß es sich um den

amerikanischen Botschaftshandeln. Das japanische Oberkommando habe dem amerikanischen Konsul sein Bedauern ausgedrückt.

Die Japaner in Futschou.

Tokio, 4. Januar.

In Futschou sind zwei Japaner von der chinesischen Menge ermordet worden. Der Marineminister entsandte drei Zerstörer nach diesen Hafen. Ein bereits in Futschou befindlicher japanischer Kreuzer hat 12 Mann gelandet um die dortigen Japaner zu schützen. China fordert sofortige Einberufung des Völkerbundesrates.

China fordert sofortige Einberufung des Völkerbundesrates.

Genf, 4. Januar.

Die chinesische Regierung hat nach französischen Mitteilungen an den Präsidenten des Völkerbundesrates, Briand, das Ersuchen gerichtet, im Hinblick auf die letzten militärischen Ereignisse in der Mandchurei den Völkerbundesrat unverzüglich zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Eine dahingehende amtliche Mitteilung liegt von chinesischer Seite im Völkerbundessekretariat noch nicht vor.

Schwere Vorwürfe Chinas gegen Japan.

Genf, 4. Januar.

Die chinesische Denkschrift an Briand enthält in ungewöhnlich scharfem Ton schwere Vorwürfe gegen Japan. Die japanische Armee habe unter dem Vorwand der Bekämpfung des Bandenwesens weite Gebiete der Südmandschurei besetzt. Damit liege eine offene Verletzung der Souveränität Chinas vor. Durch die fortgesetzte Verstärkung der japanischen Truppen sei eine außerordentlich ernste Lage geschaffen. Die japanische Regierung müsse für alle Maßnahmen verantwortlich gemacht werden, zu denen China in rechtmäßiger Verteidigung seines Gebietes gezwungen sei. Der Rat wird ersucht, unverzüglich alle wirksamen Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Verstärkung der Lage zu verhüten und die Durchführung der Ratsentscheidung vom 10. September zu sichern.

In einer Note an den Generalsekretär des Völkerbundes teilt die chinesische Regierung mit, daß bisher ein Abkommen zwischen General Ma und dem japanischen Oberkommando nicht zustande gekommen sei. Die japanischen Truppen seien durchaus nicht in der Lage, die Ruhe und Ordnung in den von ihnen militärisch besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten. Vollig unrichtig sei, daß die Banden in engen Beziehungen zu den chinesischen Truppen stünden. Die japanischen Truppen unterstützten vielmehr die Banden und lieferten ihnen Waffen. Die Kämpfe der letzten Zeit seien ausschließlich auf Herausforderungen und Angriffe von japanischer Seite zurückzuführen.

Tagesfragen.

Ende des Weihnachts- friedens.

Der notwendige Weihnachtsfrieden ist beendet. Wie die Befreiung von einem Alpdruck stellen das die auf Agitation verlesenen Organe der NSDAP fest, indem sie zugleich Versammlungen über Versammlungen anstalten, in denen die Erwartungen auf das „dritte Reich“ forciert werden sollen. Auch die Kommunisten lassen es natürlich an Betriebsamkeit nicht fehlen. Aber klar ist schon heute zu erkennen, daß ihre verwerfliche Streitharke nicht gebildet hat. Nachdem man in den letzten Wochen lange Zeitungen spalten in den nationalsozialistischen Blättern finden konnte, die mit Berichten über die außenpolitischen „Siege“ Hitler und, wie z. B. im „Völkischen Beobachter“, mit durch Hitler aus irgenwie politisch maßgeblichen Zeitungen des Auslands nicht belegten Einbruchsversuchen, offensichtlich bestellter Arbeit, angefüllt waren, wird man verumlicht jetzt erleben, daß der Mißerfolg der kommunistischen Streikhebe lediglich der Wucht der hakenkreuzerlichen Bewegung zu verdanken ist. Das Grundaussage ist, daß solche agitatorischen Behauptungen glaubhaft werden. Wenn aber der „Völkische Beobachter“ dieser Tage als vornehmste Quelle für die Beurteilung Hitlers in Amerika das Blatt „Daily Brooklyn Eagle“, ein New Yorker Vorkampfbüro ohne jeden Rang, anführte, so kann man daran doch erkennen, was alles heute in der nationalsozialistischen Agitation wirksam ist. Wenn etwa die Bedeutung Hitlers mit einem Stütze aus einem Blatt von der Bedeutung dieses „Eagle“ beweisen wollten, so würden sicher unsere Leser ein peinliches Lächeln nicht unterdrücken. Andererseits darf die Urteilslosigkeit, die der „Völkische Beobachter“ bei seinen Lehren voraussetzt, als Beweis dafür angesehen werden, was es überhaupt mit der ganzen nationalsozialistischen Bewegung auf sich hat. Wir unterschätzen ihre politische Gefährlichkeit für die Gegenwart gewiß nicht, aber wir wollen gern den Makel eines solchen Prophezeien auf uns nehmen, wenn wir nicht die Schlagkraft der Partei Hitlers nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, nach der Überwindung der Wirtschaftskrise, an die zu glauben, wir nicht aufhören, alsbald wie Rauch von einem Strohhalm verfliehet. Für die deutsche Zukunft hat die NSDAP keine Bedeutung, mag ihre gegenwärtige Angelegenheitskraft auch noch für die bevorstehenden Wahlen zum Reichspräsidenten und zum Reichstag als auch für die Wahl des Reichspräsidenten vielleicht bedeutende Auswirkungen haben. Beide Wahlen sind bekanntlich im April oder Mai fällig. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß man sich bemühen wird, eine Verlängerung der Wahlperiode des Reichspräsidenten zu erreichen, da doch in der gegenwärtigen Zeit eine solche Wahl auf sieben Jahre keine Lösung von Bestand bringen kann. Die Gefahr würde dabei beim zweiten Wahlgang liegen, bei dem der Präsidentschaftskandidat als gewählt gilt, der die relativ meisten Stimmen erhält. Wie allerdings Hindenburg sich zu einer Verlängerung seiner Präsidentschaftzeit stellt, ist der Öffentlichkeit noch nicht bekannt. Wir stehen jedenfalls in der nächsten Zeit nicht nur in außen- und reparationspolitischen Hinsicht vor wichtigsten Entscheidungen, sondern auch innenpolitisch werden Probleme reif, die für die Zukunft Deutschlands sehr weittragende Bedeutung haben dürften. Um sie wird jetzt nach dem Weihnachtsfrieden, der die politischen Gegensätze leider unverändert hat fortbestehen lassen, der Kampf der Parteien mit aller Schärfe entbrennen.

Präsident Dr. Schreier.

Reichspräsident von Hindenburg hat einmal erklärt, daß für ihn die Vollendung des fünfzigsten Lebensjahres einen Menschen keinen Anlaß zu einem besonderen Glückwunsch biete. Fünfzig Jahre seien noch kein Alter, von dem man Aufhebens machen könne. Der alte Feldmarschall hat im letzten 84 Jahren und seinem an großen Erlebnissen und an Leistungen überreichen Leben sich sicher im allgemeinen recht, und wir haben ihm damals, als diese Äußerung bekannt wurde, auch zugestimmt. Aber hin und wieder wird man doch eine Ausnahme von der Regel für geboten erachten müssen, und zwar wird sie dann berechtigt sein, wenn es sich um eine Persönlichkeit handelt, die nicht nur im öffentlichen Leben eine besondere Rolle spielt und sich dadurch über den Durchschnitt erhebt, sondern die dabei auch noch mit fünfzig Jahren an hervorragenden Leistungen mehr aufzuweisen hat, als es sonst kaum für einen prominenten Sechzig- oder Siebzighjährigen vielleicht trifft. Ein solcher Mann ist der Zentrumsabgeordnete Dr. Georg Schreier, der ministerielle Universitätsprofessor und Präfekt. Am heutigen Dienstag wird er fünfzig Jahre alt. In einem Föhrerhaus auf dem Giesfeld stand seine Wägen. Ueber das alte, berühmte Gymnasium Josephinum in Giesfeld führte ihn die Berufung zum geistlichen Stande zum Studium der Theologie, daneben beschäftigte er sich mit Geschichte und Rechtswissenschaft. 1905 wurde er zum Priester geweiht, 1909 erwarb er sich in Berlin den philosophischen, 1913 in Freiburg i. Br. den theologischen Doktorgrad. Im selben Jahre noch habilitierte er sich als Privatdozent für Kirchengeschichte an der Universität Münster, 1915 ging er

Kommt doch noch die Schlachtsteuer?

Weitere Abstriche an den preussischen Sachausgaben.

O Berlin, 4. Januar.

Wie dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger an unterrichteter Stelle erklärt wird, verhandelt der preussische Finanzminister gegenwärtig mit den übrigen Regierungsressorts über weitere erhebliche Abstriche an den Sachausgaben des Etats für 1932, um zu versuchen, auf diese Weise das noch bestehende Defizit von 167 Millionen mindestens wesentlich herabzubringen. Wie schwierig diese Bemühungen sind, geht schon daraus hervor, daß Finanzminister Klepper selbst erklärte, die preussischen Sachausgaben seien bereits soweit eingeschränkt worden, daß abermalige Abstriche fast unmöglich erschienen. Nun ist es aber, wie dem WDZ-Büro gesagt wird, dennoch gelungen, abermals 20 Millionen an den Sachausgaben einzusparen durch kleinere Abstriche an allen Etats, die u. a. auch die Reisekosten betreffen. Demnach verbliebe noch ein ungeheurer Fehlbetrag von 147 Millionen. In personeller Hinsicht kommen zu Buche schlanke Einsparungen eigentlich nur beim Polizeietat und bei den Lehrerbeförderungen infrage. Die Ausgaben für

die Lehrer haben bereits nach der zweiten preussischen Sparverordnung eine Verminderung erfahren; was die Polizeikosten anlangt, so hat der Innenminister erklärt, daß auf diesem Gebiete keine weiteren Einsparungen infrage kommen könnten.

Wenn man auch das weitere Ergebnis der nach den Festtagen nun wieder verfallenden Ressortverhandlungen um die Sachausgaben abwarten muß, bleibt doch als Ausweg aus dem Etatsdefizit vermutlich nur die Einführung einer neuen Steuerquelle; in diesem Zusammenhang wird gesagt, daß eine Entscheidung über die Einführung der Schlachtsteuer in Preußen zurzeit weder in positivem, noch in negativem Sinne gefallen ist. Ob sich Preußen von den Verhandlungen mit dem Reich wegen eines besseren Finanzausgleiches oder wegen Abstrichen auf die preussischen Entschädigungsansprüche kennenswerter versprechen kann, muß als fraglich bezeichnet werden, da, wie dem Nachrichtenbüro anzuhandiger Reichsstelle erklärt wird, gerade in dieser Notzeit alle Länder mit finanziellen Ansprüchen an das Reich herantreten. Jetzt steht bisher nur, daß der preussische Etat nicht mehr Mitte Januar zur parlamentarischen Behandlung reif ist.

als außerordentlicher Hochschulprofessor für Kirchenrecht, Staatsrecht und Verwaltungsrecht nach Regensburg, und im Winter 1917 wurde er als ordentlicher Professor der Kirchengeschichte wieder an die Universität Münster berufen. Nach ein paar weitere Jahre erschröckte sich Schreiber's Tätigkeit hauptsächlich in der Erfüllung seines Lehramtsberufes. Dann aber, 1920, wählte man ihn in den Reichstag, und damit erschloß sich alsbald dem ebenso klugen und tief gebildeten wie vielseitigen und geradezu künstlerisch berechneten Mann ein neues Betätigungsfeld. Mit dem Reichstag manigfaltiger Gelegenheiten versehen, wurde er ein Vorkämpfer für die Wahrung der Verfassung der Reichsgesetzgebung, im Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, im Vorstand der Völkergesellschaft, im Kuratorium des Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik, in der Historischen Reichskommission, in den Verwaltungsräten des Deutschen Museums in München, des Germanischen Museums in Nürnberg und des Römisch-Germanischen Zentralmuseums in Mainz, im Präsidium des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, im Beirat des Deutschen Auslandsinstituts Stuttgart und noch in manchen anderen wissenschaftlichen Gesellschaften und Instituten findet man heute den Reichstagsabgeordneten Dr. Schreiber. Er ist auch noch Vorsitzender der Deutschen Caritas für Akademiker, vor allem aber hat er sich der Pflege des Auslandsstudiums und der gesamten Reichskulturpolitik angenommen. Wie hat er für die Entwicklung der Universität Münster getan, während die zahlreichen Ehrenämter, die ihm von den Fakultäten anderer Universitäten und Hochschulen verliehen worden sind, von dem Danke Kunde geben, der folgenden überall in der wissenschaftlichen Welt Deutschlands diesem Förderer der Wissenschaft und Forschung gezollt wird. Prälat Dr. Schreiber ist aber auch selber ein sehr produktiver wissenschaftlicher und politischer Schriftsteller, er gehört zu den Arbeitsblättern im Reichstag, er steht seinen Mann als Redner in Zentrumssammlungen, häufig hört man von seinem Auftreten im Ausland, man fragt sich staunend und bewundernd zugleich, wo dieser rege Geist eigentlich die Zeit und die Kraft hernimmt für die vielen hier nur, und zwar bei weitem nicht erschöpfend angeordneten Aufgaben, die er erfüllt. All dies bezeugt aber, daß er wohl verdient als Ausnahme von der Regel behandelt zu werden und daß wir als ihm weltanschaulich und politisch verbundenes

Organ der öffentlichen Meinung und geradezu einer Unterlassungssünde schuldig machten, wenn wir nicht die Gelegenheit seines fünfzigsten Geburtstages benutzten, einmal stärker, als es wohl in Versammlungs- und Parlamentsberichten geschieht, die Bedeutung dieses Gelehrten und Politikers zu unterstreichen, damit den Wunsch zu verknüpfen, daß ihm noch manche Jahre gleich regamer Geistes- und kulturpolitischer hervorragenden Wirkens beschieden sein mögen, und dem Gefühl der Dankbarkeit Ausdruck zu geben, daß man in der Zentrumspartei für die unermüdete und fähige Tätigkeit dieses seit länger als einem Jahrzehnt mit Weltfalten verwichenen Abgeordneten und gelehrten, weit schauenden Prälaten empfand.

Der Sieg der "Nassen".

Mit 520 800 gegen 206 800 Stimmen hat sich das Volk in Finnland für die vollständige Aufhebung des Alkoholverbotes ausgesprochen. Zufällig wurde dieses Verbot überall im Lande seit Jahren nach Strich und Faden übertreten. Der Alkoholschmuggel blühte, jeder dreifache Einwohner des Landes lebte davon. Und so werden denn auch nicht wenige der Stimmen, die die Beibehaltung des Verbotes forderten, gerade aus den Kreisen stammen, die aus Erwerbsgründen ein Interesse daran hatten, daß man weiter in den Restaurants von Helsingfors, Åbo und Wiborg starke Getränke aus dem Inhalt verbergenden Kaffeetassen statt aus Wein- und Schnapsgläsern trinken sollte. Aber die Volksabstimmung hat ihrem unehelichen, dem Staate zu seiner Bekämpfung hundert Millionen Mark kostenden Geschäft den Todesstoß bezeugt, wie bekanntlich auch schon vor einiger Zeit in Norwegen die "Nassen" über die "Trockenen" gesiegt haben. An den Zuständen, wie sie in Finnland eingetreten sind, kann man ebenso wie an denen in Amerika, wo man in Fälschertneipen geschmuggeltem Alkohol in beliebiger Menge bekommen kann, erkennen, wie die Ueberwindung einer sehr begründeten Mäßigkeitsbewegung zu dem Gegenteil von dem ausarten mußte, was man in gutem Sinne erreichen wollte. Andere Völker werden daraus lernen können. Die Zeit der Zügellosigkeit darf, obwohl sie erst nur wenige Jahre währt, schon heute, mag sie auch noch in einzelnen Ländern fortbestehen, als überwunden gelten. Die Aufhebung der Prohibitionsgeetze in Amerika ist ja bekanntlich auch nur noch eine Frage, die wahrscheinlich mit dem nächsten Präsidentenwahlkampf entschieden werden dürfte.

Zwischen- oder Endlösung?

Die englische Regierung schwankt.

London, 4. Januar.

In London rechnet man damit, daß die Abreise des englischen Finanzfachverständigen Sir Frederik Leith nach Paris zu Verhandlungen mit dem französischen Finanzministerium am Donnerstag, spätestens aber am Freitag erfolgen wird. Der englische Standpunkt hat sich infolgedessen wieder geändert, als man zwar nach wie vor an der Notwendigkeit einer zeitweiligen Lösung der Reparationsfrage möglichst durch ein langjähriges Moratorium festhält, aber gleichzeitig die Einwürfe anerkennt, die in der City erhoben werden, daß nämlich die Zwischenlösung das notwendige Vertrauen auf die Kreditfähigkeit Deutschlands nicht wiederherstellen könne. Infolgedessen versucht man Mittel und Wege zu finden, wie sich eine Wiederbefestigung des Kreditverhältnisses innerhalb Europas durch Zusammenarbeit der verbleibenden Staaten ermöglichen lasse und wie sich gewisse Hindernisse im internationalen Handelsverkehr, durch die die Geschäftswelt starke Nachteile hat, beseitigen lassen. Man meint, daß derartige Abklärungen, wenn sie Erfolg hätten, Amerika gegenüber erneut den Willen Europas beweisen würden, eine positive Wiederaufbaupolitik zu treiben und diese Warte nicht ohne Rückwirkung auf den amerikanischen Standpunkt bleiben. Gleichzeitig legt man nach wie vor in amtlichen Kreisen Wert darauf, aber den deutschen Standpunkt offiziell unterstützen zu werden, um auf diese Weise die Zusammenarbeit Englands auch mit anderen Ländern als nur Frankreich einzuleiten.

Berthelots Londoner Mission.

Paris, 4. Januar.

Nachdem bereits gestern der offizielle "Petit Parisien" angedeutet hatte, daß die Londoner Reise des

Generalsekretärs Berthelot nicht allein der Befestigung der dortigen französischen Kunstausstellung gelte, sondern heute das "Journal", es bekräftigt sich, daß Berthelot in der Tat in politischer Mission nach London fahre. Das Blatt erklärt, man müsse, wenn man eine französisch-englische Front in der Reparationskonferenz schaffen wolle, nicht nur über Formeln, sondern auch über genaue Lösungen Einigkeit herbeiführen. Berthelot sei der geeignetste Mann für die Vorbereitung einer solchen Aktion. Auch der Londoner Korrespondent des "Echo de Paris" weist darauf hin, daß Berthelot die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den französischen und den englischen Sachverständigen vorbereiten werde und überdies, wenn möglich auch die Begegnung MacDonalds mit Laual. Der Berichtsführer ist der Meinung, Berthelot werde zudem mit der englischen Regierung in einen eingehenden Meinungsaustausch über die Arbeitskonferenz treten und diese außerdem noch über die französisch-englischen und sonstigen Nichtangstiffspatverhandlungen aufklären, die, wie es scheint, in England Beunruhigung hervorgerufen haben.

Beanstandungen an der Uebersetzung des Sachverständigenberichts.

Paris, 4. Januar.

Havas meldet aus Basel, daß der am 23. Dezember im englischen Vorlaut unterzeichnete Bericht der Sachverständigen in der Reparationsfrage noch nicht in seiner deutschen, französischen und italienischen Uebersetzung endgültig beglittet sei. Der Vorliegende des Sachverständigenauschusses, Beneduce, habe zahlreiche Beanstandungen namentlich an der französischen Uebersetzung gemacht, die deshalb zurückgezogen werden mußte. Am 31. Dezember sei der abgeänderte Text Beneduces in Rom wieder unterbreitet worden. Havas zufolge hofft man, daß der offizielle endgültige Text nunmehr heute abend oder morgen in Basel veröffentlicht werden kann.

Englands Indienpolitik.

Vier Verordnungen des Vizekönigs.

Delhi, 4. Januar.

Der Vizekönig hat vier Verordnungen erlassen, um die Ungehorsamsbewegung zu bekämpfen. Die erste gibt der Regierung und ihren Vertretern außerordentliche Vollmachten für die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung, die zweite richtet sich gegen Ungehorsam der Handlungen, die dritte bezieht sich auf den Schutz von Leben und Eigentum. Der Exekutivausschuss des indischen Nationalkongresses ist für ungegültig erklärt worden. Dieser von Ghandi eingeleitete Ausschuss umfaßt die Führer der indischen revolutionären Bewegung.

Nach den neuen Verordnungen der Regierung werden auch Streikposten und alle Vereinigungen, die dem öffentlichen Frieden eine Gefahr bringen können, für ungesetzlich erklärt. Die Notstandsverordnungen, die bisher nur für die vereinigten Provinzen und die Nordwestprovinz in Kraft waren, werden auf ganz Indien ausgedehnt. Die britischen Beamten erhalten weitgehende Vollmachten zur Verhaftung von verdächtigen Personen. Die Polizei hat Dokumente in den verschiedenen Gebäuden des Kongresses

beschlagnahmt. Die Büros und Versammlungsräume der Kongresspartei liegen verödet. Man erwartet noch weitere Verhaftungen. In Kalkutta wurde die Polizei verstärkt. Die Europäer wurden aufgefordert, die Polizei zu unterstützen.

Nach einer Mitteilung von zuständiger Seite verfolgt die Politik der Regierung weiter das Ziel, eine weitgehende Bekämpfung über die englischen Verfassungsverordnungen auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Die Opposition werde ihre Auffassung auf gelegentliche Weise zum Ausdruck bringen müssen, aber nicht in einer Art, die den Regierungsorganismus gefährden solle.

Eine Botschaft an die indische Nation.

Bombay, 4. Januar.

Der verhaftete Präsident des Nationalkongresses, Vallabhai Patel, erläßt vor seiner Ueberführung ins Gefängnis folgende Botschaft an die indische Nation: "Diesmal wird es einen schmerzhaften Krieg bis zum Ende geben. Ich hoffe, die Nation wird bereit sein, die äußersten Opfer zu bringen, aber den Weg völliger Gewaltlosigkeit niemals zu verlassen." Zu seinem Nachfolger ernannte er das Mitglied des Kon-

gressausschusses des Nationalkongresses Babu Madendra Prasad Sawaharal Nehru, der vor einigen Tagen wegen Uebertretung des Verbotes, die Stadt Ahmedabad zu verlassen, verhaftet worden war, wurde zu zwei Jahren schweren Gefängnisses und zu einer Geldstrafe von 500 Rupien verurteilt.

Ghandi im Gefängnis.

Er ruft Amerika an.

London, 4. Jan.

Die Kongressführer in Bombay haben anlässlich der Verhaftung Ghandis einen Trauertag erklärt, der in ganz Indien bis nach Burma von den Nationalisten, mit Ausnahme der Mahomedaner, streng befolgt wird. In Delhi und in anderen Städten führt man Demonstrationen und in anderen Städten führt man Demonstrationen und in anderen Städten führt man Demonstrationen.

Kein kommunistischer Streikerfolg trotz verstärkter Propaganda.

In der gestrigen Mittagssticht streikte nur eine Zehne.

Essen, 4. Januar.

Die für heute angekündigte verstärkte Propaganda der K. G. D. für einen Streik im Ruhrgebiet hat den beabsichtigten Erfolg nicht gehabt. Der Bergbauverein teilt mit: In der heutigen Frühsticht sind nur auf drei Zehnen Teile der Belegschaft infolge der kommunistischen Streikpropaganda von der Arbeit ferngeblieben. Auf "Monopol-Grill" in Kamen streikten von 672 Mann 168 (hier sind die Auszubildenden zum größten Teil von den Kommunisten gewaltig an der Anwesenheit behindert worden). Auf "Werkholt" streikten von 1008 Mann 518 und auf "Diergardt" von 687 Mann 234. Auf mehreren Zehnen wurden Mitglieder der Belegschaft wegen Streikaufrufung fristlos entlassen. Zu der heutigen Mittagssticht sind die Belegschaften auf allen Zehnen des Ruhrgebietes eingeleitet, mit Ausnahme von Zehne "Diergardt", wo von 425 Mann Belegschaft 187 Mann fehlten.

Aus dem Dortmund und Hammer Bezirk wird am Abend berichtet, daß auf allen Zehnen die Arbeit aufgenommen worden ist.

Die kommunistischen Versuche, einen allgemeinen Streik hervorzurufen, können nun als gescheitert angesehen werden. Auch im Aachener Kohlengebiet ist heute verhältnismäßig ruhig geblieben, die einfahrenden Bergleute von der Arbeit abgehalten, das ist jedoch in seinem Falle gelungen.

Terrorakte.

Trotz des offensichtlichen Mißerfolges sehen KPD und KGO. Streikgehe und Terrorakte planmäßig fort, offenbar mit dem Zweck, Unruhe und Angst in die Bevölkerung zu tragen. In der letzten Nacht ereigneten sich kommunistische Elemente am heute morgen gegen 5.30 Uhr vor der Zehne "Grill" der Schachtanlage "Monopol" in Kamen. Mehrere hundert Kommunisten hielten die Zugangswege zur Zehne besetzt und versuchten die Bergleute an der Anfahrt zu hindern. Da es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen arbeitswilligen Bergleuten und Kommunisten kam, wobei

auch Schüsse fielen,

griff die Polizei ein und zerstörte die Menge, wobei zehn Kugelverletzungen verhaftet wurden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Es handelt sich bei den Verhafteten um Kamener Kommunisten. Die Belegschaft war um 8 Uhr bis auf 100 Mann vollständig angefahren. Montag morgen wurde an der Mollte-Strasse in Essen ein Personalmagazin der Straßenbahn dadurch zum Stehen gebracht, daß

die Weiche mit Steinen unbefahrbar gemacht

worden war. Die das Hindernis beseitigenden Straßenbahner haben sich plötzlich sieben Männern gegenüber, die sie mit vorgehaltenen Revolvern zum Stehen aufforderten. Der Wagen fuhr daraufhin zum Hauptbahnhof zurück und alarmierte die Polizei. Beim Eintreffen des Ueberfallkommandos waren jedoch die Streikgehe bereits verschwunden. Die Polizei hat besondere Maßnahmen getroffen, um einen Rückgang des Verkehrs zu verhindern. Auf den meisten Straßenbahnwagen sind Kriminal- oder Schutzpolizeibeamte postiert. Gegen 4.40 Uhr morgens wurde auf einer Straßenbahnwagen der Linie 20 auf der Märkischen Strasse ein Pflasterstein geschleudert, der zum Glück nicht in eine Fensterhebel traf. Einer von den auf dem Wagen befindlichen Polizeibeamten gab sofort auf den flüchtenden Täter einen Schreckschuß ab. Der Täter konnte jedoch in der Dunkelheit entkommen. Schon in den frühesten Morgenstunden sah man in den Straßen, die zu Krupp'schen Fabriken führen, überall Streikposten, die teilweise in Gruppen bis zu acht Mann — auf die zur Arbeit gehenden Arbeiter warteten, um sie zum Streik aufzufordern. Auch die zum Dienst gehenden Straßenbahner wurden von den Streikgehern angehalten und zum Streik aufgefordert.

In Bottrop wurden zahlreiche Fenster in Geschäften und Häusern zertrümmert, nachdem bereits in der Nacht zum Sonntag an dem Verlagsgebäude der "Bottroper Volkszeitung" drei große Schaufenstergehäusen eingeworfen worden waren. In Herten wurde am Montag früh versucht, durch gefüllte Klümpen, die quer über die Straße gelegt wurden, die Polizei in ihrer Aktionsfähigkeit zu behindern.

Maschinen mit Spighacken zerstört.

Horrem, 4. Januar.

Im allgemeinen ist die Streikbewegung im Braunkohlenrevier ohne erhebliche Zwischenfälle verlaufen. Nur in der Horremer Streikfabrik haben in der vergangenen Nacht einige Leute versucht, der Streikparole dadurch Wirksamkeit zu verschaffen, daß sie die Maschinen mit Spighacken zerstörten. Die Maschinen konnten heute morgen nicht in Gang gesetzt werden.

Neue Verhaftungen.

In Rodlinghausen wurden 10, in Ratz 3 und in Gledde 24 Personen teils wegen Aufforderung zum Streik und wegen Verbreitung revolutionärer Schriften festgenommen. Der größte Teil der Festgenommenen wird dem Schnellrichter vorgeführt werden. 100 Personen, die verhafteten, Streikposten auf-

kommen. Ghandi und der Präsident des Kongresses, Vallabhai Patel, sind im Gefängnis in Pune eingetroffen. Bei den Behörden der Stadt herrschte ziemlich Nervosität, da der Kraftwagen mit Ghandi nicht pünktlich eintraf. Polizeioffiziere fuhren auf die Landstraße hinaus und sahen dann nach längerem Warten kurz nach der Morgendämmerung das Automobil mit Ghandi herantommen, daß sie bis zum Gefängnis begleiteten. Es hatte vier Stunden Verspätung. Ghandi selbst ist guten Mutes. Da Montag sein Schweigetag ist, so konnte er den Gefängniswärter, als er ihn wiedererkannte, nur mit einem freundlichen Lächeln begrüßen. Er befindet sich in dem selben Räume, in dem er schon früher gefangen gehalten war. Er hat sein Spinnrad, ein paar Bücher und ein paar Kochtöpfe mitgebracht. In einer Botschaft an das englische Volk sagt er, daß er es liebe wie seine eigenen Volksgenossen. Er habe nichts Gehässiges oder Böses gegen das englische Volk gesagt. Hoffentlich werde es auch in Zukunft nicht notwendig sein. Er habe dem englischen Volk gegenüber so gehandelt, wie er es auch seinen eigenen Volksgenossen gegenüber getan hätte. In einer weiteren Botschaft wendet er sich an den Großmut des amerikanischen Volkes und bittet, im Interesse der Menschlichkeit in Indien einzuschreiten.

Stellen und teilweise auch unter Gewalt Arbeitswillige am Betreten der Arbeitsstätte zu hindern, wurden heute in Oberhausen festgenommen. Sie wurden dem Richter vorgeführt und sofort im Schnellverfahren abgeurteilt. Im Muppertaler Industriegebiet, zu dem auch Remscheid, Solingen, Wuppertal u. a. gehören, wurden wegen Verhinderung von Arbeitswilligen, Verteilung von Flugblättern und Veranlassung unerlaubter Kundgebungen insgesamt 96 Personen zwangsgeführt. In Gladbach-Heydt wurden im Zusammenhang mit der kommunistischen Streikbewegung neun Personen verhaftet. Größere Trupps der K. G. D. und des kommunistischen Jugendverbandes versuchten in Köln in aller Frühe, insbesondere das Personal der Straßenbahnen zum Streik aufzureizen, was jedoch mißlang. Die Polizei schritt mit starkem Aufgebot ein und nahm insgesamt 86 Verhaftungen vor.

Zu sehr bewegten Szenen kam es auf dem Straßenbahnhof Köln-Nord, wo das Betriebsratsmitglied dieses Bahnhofs, Stabsverordneter Saffarowski (KPD), zum Streik aufforderte. Er wurde schließlich von der Polizei verhaftet. Nach vor größerer Kölner Privatbetriebe fanden Anmahnungen statt. Aber nur in einem Falle ließen sich Leute vorübergehend von Arbeitsverweigerung verleiten. Am Braunkohlenrevier kam es ebenfalls nur zu geringfügigen Störungen, in deren Verlauf 20 Personen festgenommen wurden. Aus den übrigen Orten des Regierungsbezirks Köln wird vollkommene Ruhe gemeldet. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Steinwurf von einem unbekannten Täter erheblich verletzt.

Kein Streikbeschuß bei den Berliner Gas- und Wasserwerken.

Berlin, 4. Januar.

In der Funktioneversammlung des Gesamtverbandes der Gas- und Wasserwerke, sowie der Berliner Betriebs-K. G. D. wurde zur Lage Stellung genommen. Die Gewerkschaften sind vom Überbegriffen zu neuen Verhandlungen für Dienstag vormittag eingeladen worden. Es wurde daher beschlossen, die Arbeitsleistung über einen Streik noch nicht vornehmen zu lassen, sondern zunächst das Verhandlungsergebnis abzuwarten.

Geringer Erfolg in Hamburg.

Hamburg, 4. Januar.

Die intensive kommunistische Streikpropaganda hat im Hamburger Hafen nur geringen Erfolg gehabt. Die Polizei brachte nur selten Einzige gefangen. Im Laufe des Sonntags wurden 12 Personen festgenommen, von denen die meisten jedoch wieder entlassen werden konnten. Durchweg handelt es sich um Bettelverbreiter. An Bord des Dampfers "Arctus", auf dem, wie auf einigen anderen Dampfern, verladen wurde, eine Streikbewegung zu entfesseln, wurden zwei Leute wegen Verstoßes gegen die Seemannsordnung verhaftet.

Moskau im Hintergrund.

Moskau (über Kowno), 4. Januar.

Die Streikveruche im Ruhrgebiet werden in Moskau mit größtem Interesse verfolgt. Die Streiklösung, die von der KPD und der KGO ausgegeben wurde, kommt vom Vollzugsausschuß der kommunistischen Gewerkschaften internationalen. Die Streikbewegung soll nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch in anderen Industriegebieten Deutschlands durchgeführt werden.

Reliefenratung am 12. Januar.

Berlin, 4. Januar.

Präsident Loeb hat den Relieferrat des Reichstages für Dienstag, den 12. Januar, um 10 Uhr vormittags einberufen, um eine Entscheidung über den neuen Antrag der Kommunisten auf vorzeitige Reichstagsauflösung herbeizuführen. Angesichts der internationalen Lage und der bevorstehenden internationalen Verhandlungen wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß der Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstages auch diesmal keine Mehrheit finden wird.

Das Verfahren gegen Dr. Best geht weiter.

Leipzig, 4. Januar.

Entgegen den Nachrichten über eine Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Best, den Verfaßter des Böhme-Dokuments, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß die Untersuchung weitergeht.

Mit Benzin begossen, angezündet und erschossen.

Kattowitz, 4. Januar.

Auf furchtbare Weise sind in der Ortschaft Jenfor bei Kattowitz der Wächter Färber und eine unbekannte weibliche Person, offenbar seine Geliebte, aus dem Leben gelassen. Färber erlag zunächst seine Begleiterin, um dann die Leiche sowie sich selbst mit Benzin zu begießen. Hierauf zündete er die völlig durchdrungenen Kleider an und ließ sich im gleichen Augenblick eine Kugel in den Kopf. Die beiden Körper glühten im Feuer riesigen Feuerzäune und verbrannten so vollständig, daß nur vereinzelte verkohelte Knochenreste übrig blieben. Nach Bekanntwerden des Vorfalls setzte aus der Umgebung eine wahre Wälderwanderung von Kattowitz nach dem Schauplatz der Tat ein, die die Polizei schließlich eingriff und die Knochenreste beseitigte.

1. Bürger...
2. Bürger...
3. Bürger...
4. Bürger...
5. Bürger...
6. Bürger...
7. Bürger...
8. Bürger...
9. Bürger...
10. Bürger...
11. Bürger...
12. Bürger...
13. Bürger...
14. Bürger...
15. Bürger...
16. Bürger...
17. Bürger...
18. Bürger...
19. Bürger...
20. Bürger...
21. Bürger...
22. Bürger...
23. Bürger...
24. Bürger...
25. Bürger...
26. Bürger...
27. Bürger...
28. Bürger...
29. Bürger...
30. Bürger...
31. Bürger...
32. Bürger...
33. Bürger...
34. Bürger...
35. Bürger...
36. Bürger...
37. Bürger...
38. Bürger...
39. Bürger...
40. Bürger...
41. Bürger...
42. Bürger...
43. Bürger...
44. Bürger...
45. Bürger...
46. Bürger...
47. Bürger...
48. Bürger...
49. Bürger...
50. Bürger...
51. Bürger...
52. Bürger...
53. Bürger...
54. Bürger...
55. Bürger...
56. Bürger...
57. Bürger...
58. Bürger...
59. Bürger...
60. Bürger...
61. Bürger...
62. Bürger...
63. Bürger...
64. Bürger...
65. Bürger...
66. Bürger...
67. Bürger...
68. Bürger...
69. Bürger...
70. Bürger...
71. Bürger...
72. Bürger...
73. Bürger...
74. Bürger...
75. Bürger...
76. Bürger...
77. Bürger...
78. Bürger...
79. Bürger...
80. Bürger...
81. Bürger...
82. Bürger...
83. Bürger...
84. Bürger...
85. Bürger...
86. Bürger...
87. Bürger...
88. Bürger...
89. Bürger...
90. Bürger...
91. Bürger...
92. Bürger...
93. Bürger...
94. Bürger...
95. Bürger...
96. Bürger...
97. Bürger...
98. Bürger...
99. Bürger...
100. Bürger...

zu erfragen bei
H. Telale
Dingdener Str. (535)

Y2386A 50
1968 10 10
M. J. J. J. J. J.

